

- 1 **Antrag Ini09/11/2017**  
2 **Pankow und andere**  
3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
4  
5 **Einrichtung einer organisationspolitischen Kommission**  
6 Der Landesvorstand wird beauftragt, eine organisati-  
7 onspolitische Kommission zu berufen, die aus jeweils  
8 stimmberechtigten Mitgliedern der Kreise und der Ar-  
9beitsgemeinschaften bestehen und von diesen vorge-  
10schlagen werden.  
11 Die Kommission soll den Landesvorstand und den Lan-  
12desparteitag zu den ihr überwiesenen Anträgen sowie  
13weiteren organisationspolitischen Reformvorschlägen  
14der Parteiarbeit beraten.  
15 Leitend für die Arbeit der Kommission sind folgende Kri-  
16terien:  
17 • Gewinnung von mehr Mitgliedern,  
18 • Verbreiterung der Sozialstruktur der Mitgliedschaft,  
19 • Erhöhung der Kampagnenfähigkeit des Landesverband-  
20des, der Kreise und der Abteilungen,  
21 • Förderung der Strategiefähigkeiten,  
22 • Aktivierung bisher inaktiver Mitglieder für die Partei-  
23arbeit sowie  
24 • Dezentralisierung der Wahlkämpfe.  
25  
26 **Begründung**  
27 Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung  
28 mehrerer Anträge in die Organisationspolitische Kom-  
29mission des Landesverbandes. Diese muss jedoch vom  
30 Landesvorstand nach Maßgabe des Landesparteitages  
31 berufen und beauftragt werden. Soll deren Arbeit  
32 erfolgreich sein, bedarf es Kriterien für diesen Erfolg.

**Die nicht behandelten Anträge (Dissens-Anträge) wurden an den Landesvorstand überwiesen. Ursprüngliche Empfehlung der AK: Annahme in der Fassung der Antragskommission (Kein Konsens)**

Der Landesvorstand wird beauftragt, eine organisationspolitische Kommission bis Ende des Jahres zu bilden. Diese hat zum nächsten Landesparteitag 2018 einen ersten Bericht mit Vorschlägen vorzulegen.

Die Kommission soll den Landesvorstand und den Landesparteitag zu den ihr vom Landesparteitag 11/2017 überwiesenen Anträgen, sowie weiteren organisationspolitischen Reformvorschlägen der Parteiarbeit beraten.

Rest wird Begründung.